Nummer 508

Bezugs-Preis:
Vierteljährlich 12 Mark, monatlich 4 Mark, für das Ausland mit der entsprechenden Aufschlag. Kreuzbandsendungen 36 Mk.

Schriftleitung und Geschäftsstelle:
Berlin W 8, Kronenstrasse 37

Bestellungen werden angenommen bei allen Postanstalten, Zeitungsspeditoren und unserer Geschäftsstelle

Berliner Börsen-Zeitung

Abend-Ausgabe mit Kurszettel

65. Jahrgang

Anzeigen-Preis:
Die 9gespaltene Zeile 2.00 Mk., Reklametell 6 Mk.

Als besondere Beilagen erscheinen:
Ergänzungen z. Kurszettel, Zinsschein-Kalender, Deutsche Lebensversicherungs-Gesellschaften, Allgemeine Verlosungslisten mit Restanten-listen, Ziehungslisten der Preussischen Süddeutschen Klassenlotterie und viele andere tabellarische Uebersichten.

Die Zeitung erscheint in der Woche dreizehnmal

Zuschriften an die Geschäftsstelle direkt erbeten

Telegramm-Adresse: »Börsenkrone«

Fernsprecher der Schriftleitung und Geschäftsstelle: Zentrum 243 u. 12352

Donnerstag, 6. November 1919

Fernsp. d. Druckerei: Zentrum 2488

Postscheck-Konto: Berlin 26412

Einzelpreis 15 Pf.

Zeuge — nicht Angeklagter Bethmann Hollweg!

Um den U-Bootkrieg.

Parlamentarischer Untersuchungsausschuß.

Siebenter Tag, Donnerstag, 6. November 1919.

Vorsitzender Abg. Warmuth eröffnet die Sitzung um 10¼ Uhr.

Sachverständiger Gesandter von Romberg bittet, vor der Vernehmung des Admirals Koch einige Fragen an den Grafen Bernstorff richten zu dürfen.

von Romberg: Graf Bernstorff stand auf dem Standpunkt, daß Wilson uns verhältnismäßig günstig gesinnt sei, während in Berlin das schwerste Mißtrauen bestand. Ich habe den Eindruck, daß zwischen der Botschaft in Washington und der Zentralstelle in Berlin in dieser wichtigsten Zeit nicht immer die notwendige Verständigung bestand, daß man aneinander vorbeitelegraphiert hat. Das lag an den Verkehrsschwierigkeiten. Wäre der Botschafter nicht in der Lage gewesen, einmal nach Deutschland zu reisen oder wenigstens einen Beamten der Botschaft nach Deutschland hinüberzuschicken? Welche Schritte hat er getan, um bei der amerikanischen Regierung eine solche Forderung durchzusetzen?

Graf Bernstorff: Unser einziges Kabel war zerstört worden. Sämtliche Schiffe mußten in England anlaufen. So blieb uns nur der drahtlose Weg. Die amerikanische Regierung hat sich zu Anfang auf den Standpunkt gestellt, daß die drahtlose Station vor dem Kriege nicht in vollem Betriebe war, und daß sie nach den Bestimmungen der Haager Konvention nicht erweitert werden dürfe. Auch französisches Kapital war daran beteiligt, und die französischen Mitbesitzer verlangten sofort die Schließung der Station. Die amerikanische Regierung nahm darauf die Station selbst in Verwaltung und verlangte, daß sie von allen Telegrammen Kenntnis erhielt. Wir durften chiffrieren, mußten aber die Chiffre bei der amerikanischen Regierung deponieren. Diese kannte also den Inhalt unserer Depeschen, der allerdings der Entente verheimlicht wurde; ob es wirklich der Fall war, kann ich natürlich nicht beschwören. Es bestand die Absicht, den jetzigen Unterstaatssekretär Albert auf dem Unterseeboot „Deutschland" nach Berlin zu schicken. Diese Reise scheiterte aber an den Einsprüchen des Kapitäns König. Ich selbst konnte natürlich nicht weg, die Entente wurde mich nicht durchgelassen haben. Die amerikanische Regierung hat den Verhältnissen in gewissem Sinne Rechnung getragen, indem sie Gerard nach Amerika berief.

von Romberg bittet den Staatssekretär a. D. Winnigemann um Auskunft über die Verkehrsschwierigkeiten, wie sie sich in Berlin darstellten.

Zimmermann: Ich habe mich auch mit Gerard darüber unterhalten, ob es nicht möglich wäre, ein größeres Entgegenkommen herbeizuführen. Gerard erklärte, daß seine Regierung die Neutralität nach außen hin wahren müsse. Es könne von der Entente nicht unbemerkt bleiben, wenn wir zu häufig von dem amerikanischen Kabel Gebrauch machten. Infolgedessen waren wir verpflichtet, unsere Korrespondenz mit dem Botschafter möglichst zu beschränken. Der funkentelegraphische Verkehr war für geheime Nachrichten durchaus ungeeignet. Wir hatten das Mißtrauen, daß unsere chiffrierten Depeschen sofort von der Entente bekanntgegeben wurden. Ein anderer umständlicher Weg über verschiedene neutrale Stationen konnte nur in den äußersten Fällen benutzt werden. Ein persönlicher Meinungsaustausch mit dem Botschafter oder eine Übermittlung persönlicher Eindrücke aus der Botschaft wäre uns sehr erwünscht gewesen. Die Heimfahrt des Geheimrats Albert scheiterte, weil die Gesellschaft, der das U-Boot gehörte, nicht den Unannehmlichkeiten mit der amerikanischen Regierung sich aussetzen wollte.

Abg. Schücking: Sahen Sie in dem Verhalten der amerikanischen Regierung in diesem Falle eine unfreundliche Handlung?

Graf Bernstorff: Wir waren der Ansicht, daß der Standpunkt der amerikanischen Regierung falsch sei. Diese glaubte, sie könne nach der Haager Konvention nicht anders handeln. — Auf eine Anfrage des Sachverständigen Dr. Hoetzsch erklärt

Graf Bernstorff weiter: Die Chiffre wurde nicht so oft gewechselt, wie das unter normalen Verhältnissen geschehen wäre. Wenn eine genügende Anzahl von Telegrammen vorhanden war, so konnte jede Chiffre dechiffriert werden.

Dr. Hoetzsch: Von Verrat oder Leichtfertigkeit ist also keine Rede?

Graf Bernstorff: Ich glaube nicht an Verrat oder Fahrlässigkeit.

Die Vernehmung des Admirals Koch.

Darauf erfolgt die Vernehmung des Admirals Koch, des ersten Mitarbeiters des verstorbenen Chefs des Admiralstabes v. Holtzendorff.

Vors. Warmuth: Wir sehen, wie seit Frühjahr 1916 sich ein starkes Drängen nach dem rücksichtslosen U-Bootkrieg zeigt. Dieses Drängen verliert auch nicht an Kraft durch den Widerstand leitender Instanzen. Vorbehaltlich der Verlesung von Niederschriften des Herrn v. Holtzendorff bitte ich Sie, zu beantworten:

1. Was bestimmte dieses Drängen nach dem rücksichtslosen U-Bootkrieg, welche Gesamtlage also schien dieses erforderlich zu machen?
2. Was rechtfertigte die Zuversicht in die Leistung des rücksichtslosen U-Bootkrieges?
3. Was war die Ursache, daß dieser mit Sicherheit angenommene Erfolg ausblieb?

Schließlich wird noch die Unterfrage gestellt werden: Wie war technisch die Möglichkeit gegeben, den einmal ins Leben gesetzten rücksichtslosen U-Bootkrieg wieder rückgängig zu machen?

Admiral Koch: Es ist Ihnen allen bekannt, daß die englische Flotte von Kriegsbeginn an sich dauernd von deutschen Gewässern fernhielt; abgesehen von einigen Vorstößen in die deutsche Bucht war nichts von ihr zu sehen. Wider Erwarten verzichtete England also auf eine Seeschlacht, denn es selbst konnte wohl nicht annehmen, daß die schwächere deutsche Flotte den Feind an seiner eigenen Küste aufsuchen würde, was unter faktisch ungünstigen Bedingungen stattfinden müßte. Wir mußten annehmen, daß das übermächtige England uns aufsuchen würde. England ging auch nicht zu einer völkerrechtlichen Blockade über in dem klaren Bewußtsein, daß, wenn es dies getan hätte, damit einen großen Teil seiner Flotte im Blockadedienst verloren haben würde, letzteren Endes wäre es doch wohl gezwungen gewesen, seine Schlachtflotte einzusetzen. England bemühte sich statt dessen, seine Kriegsschiffe vom Kriegsschauplatz zurückzuhalten, sie in sicheren Häfen aufzubewahren und statt eine Blockade nach internationalen Regeln eine solche zu eröffnen, die allem Völkerrecht Hohn spricht. Es konnte mit leichten Streitkräften und Hilfsfahrzeugen aller Art die Zugänge zur Nordsee absperren und durch wirtschaftliche und physische Aushungerung des deutschen Volkes den Frieden erzwingen unter gleichzeitiger Vergewaltigung von Neutralen. Auf diese Weise entstand die sogenannte

Hungerblockade,

die unserm Volke so schwere und entsetzliche Leiden gebracht hat, in deren Ausführung sich die englische Brutalität und Mißachtung jeder völkerrechtlichen Regelung zeigte. England setzte sich mit souveräner Mißachtung jeden Rechtes über alles hinweg. Seit Herbst 1914 hatte England seine Hand an unserer Gurgel, und Deutschland war dagegen fast machtlos.

So erstand in der U-Bootwaffe das gegebene Mittel, dem englischen Wirtschaftsleben und damit schließlich auch seiner politischen Macht und der gesamten Kriegführung der Entente in Gestalt der Verringerung seines Frachtraumes Schaden zuzufügen. Die Stärke des U-Boots liegt in seiner Fähigkeit, den Feind unter Wasser anzugreifen und der gefürchteten Torpedowaffe auszuweichen, die Boote sind klein und unsichtbar, seine Schwäche liegt in seiner leichten Verletzlichkeit bei Ueberwasserverwendung. Die U-Boote sind bis auf neuere Zeit nicht gepanzert gewesen, jeder einzelne Treffer konnte also das Boot außer Gefecht setzen und vor allen Dingen tauchunfähig machen. Vor allen Dingen war einem getroffenen U-Boot die Möglichkeit genommen, aufzutauchen. Allerdings mußte bei Verwendung der U-Boote eine unterschiedliche Behandlung von feindlichen und neutralen Schiffen fast unterbleiben, wodurch eine Gefährdung der neutralen Beziehungen nicht ausgeschlossen war. Zum ersten Male war durch das U-Boot die Möglichkeit gegeben, ohne Besitz der Seeherrschaft die Art an die englische Seeherrschaft zu legen, zudem war die Anwendung dieses Machtmittels abhängig von der militärischen Notwendigkeit. Im Herbst 1916 war es immer klarer geworden, daß die physischen und wirtschaftlichen Hilfsmittel Deutschlands und vor allem unserer Bundesgenossen binnen absehbarer Zeit zur Neige gingen im Erschöpfungskrieg und in der Hungerblockade. Eine Aussicht auf eine günstige Entscheidung im Landkriege war kaum noch vorhanden. Nach Ansicht des Admiralstabs mußte auch die Rücksicht auf Neutrale zurücktreten. In der Denkschrift des Admiralstabes, die am 22. Dezember dem Hauptquartier übergeben wurde, ist die Ansicht Hoetzendorffs hierüber festgelegt. Darin heißt es, daß „das Ende des Krieges unter allen Umständen baldigst herbeigeführt werden müsse, wobei auch die Folgen einer amerikanischen Kriegserklärung nicht zu abwägen seien. Uns blieb nur die Wahl zwischen zwei Uebeln, von denen das eine der sichere Untergang war. Die Antwort auf das deutsche Friedensangebot hatte gezeigt, daß unsere Feinde es auf die Vernichtung Deutschlands abgesehen hatten. Admiral v. Holtzendorff war der Ansicht, daß die Zeit von da ab nicht mehr für uns, sondern gegen uns arbeite, der Krieg könne auf dem Lande nicht mehr gewonnen werden und außerdem verlange die Oberste Heeresleitung die Unterstützung der Marine. Die Neigung der Entente, auf annehmbarer Basis zum Frieden zu kommen, war für ihn so zur Seite geschoben.

Vorsitzender Warmuth: Wußte Herr v. Holtzendorff, daß die Wilsonsche Friedensnote von Deutschland angeregt und daß zwischen den 12. Dezember und den 1. Februar auf Wilson noch immer in gleicher Weise hingewirkt wurde?

Admiral Koch: Ich weiß es nicht genau, ich nehme es an; er war fast immer im Hauptquartier.

v. Bethmann Hollweg: Bei den vielfachen Besprechungen, die ich mit Admiral v. Holtzendorff über die U-Bootfrage und über die Stellung Amerikas, Wilsons, zu einem Friedensangebot gehabt habe, habe ich ihm wiederholt angedeutet, daß wir darauf hinwirkten, Wilson möge einen Friedensappell veranlassen. Er hat diese meine Mitteilung immer mit Zweifeln erwidert. Wird uns aber Wilson auch einen annehmbaren Frieden vermitteln? Diese Stellung Holtzendorffs ist mir bekannt gewesen, sie hat mich aber nicht abgehalten, ihm zu sagen, mir wäre ein Friedensappell Wilsons nur erwünscht und wir wirkten dahin, daß er einen solchen mache.

Vorsitzender Warmuth: War auch die Oberste Heeresleitung darüber orientiert, daß die Wilsonsche Friedensaktion von Deutschland angeregt war, ist sie dauernd von uns auf dem Laufenden erhalten worden?

v. Bethmann Hollweg: In dieser Beziehung möchte ich auf den Inhalt der Akten Bezug nehmen.

Vorsitzender Warmuth: Aus eigenem Wissen können Exzellenz eine Antwort auf diese Frage nicht geben?

v. Bethmann Hollweg: Aus dem Gedächtnis möchte ich sie nicht geben, weil die Akten das Notwendige enthalten und weil ich äußerstens Wert darauf legen muß, mich nicht mit dem, was ich nach dem Gedächtnis sagen müßte, in Widerspruch zu setzen mit dem Inhalt der Akten nachdem drei Jahre darüber hinweggegangen sind. Was in den Akten steht, ist genau formuliert.

Vorsitzender Warmuth: Es handelt sich doch um so markante Dinge, daß ich glauben möchte, daß Exzellenz auch aus dem Gedächtnis etwas auslegen können. Die Tatsache, daß von uns das Wilsonsche Friedensangebot angeregt war und gefördert wurde, ist in der ganzen Friedensfrage so einschneidend, daß ich es nicht unterdrücken kann, zu sagen, daß das wohl doch in dem Gedächtnis Euer Exzellenz so haften müsse, daß es auch jetzt noch möglich sein müsse, sich aus dem Gedächtnis heraus darüber zu äußern. Es ist dabei wohl möglich, daß in Nebensächlichkeiten ein Widerspruch zwischen Aussage und Akten sich findet, aber selbstverständlich ist dabei eine Verletzung der Eidespflicht ausgeschlossen. Wir möchten nur wissen, in wie weit Sie der Obersten Heeresleitung von diesen Dingen Kenntnis gegeben haben.

von Bethmann Hollweg: Diese Ausführungen des Vorsitzenden zwingen mich, meine grundsätzliche Auffassung von meiner Stellung dem Ausschuß gegenüber hier klarzulegen:

Ich bin als Auskunftsperson geladen und werde unter Zeugeneid vernommen. Meine Aufgabe kann nur sein, dem Ausschuß in den Fällen, wo er sich aus den Akten nicht unterrichten kann, Auskunft zu geben, also eine Ergänzung der Akten zu liefern. Diese Ergänzung wird sich vornehmlich darauf beziehen, daß ich die Gründe und Ziele meines Handelns klarlege. Es kann aber nicht meine Aufgabe sein, nach dem Gedächtnis dem Ausschuß eine Darstellung der Geschehnisse und Begebenheiten zu liefern, die der Ausschuß aus den Akten sich selbst verschaffen kann. Wenn ich also jetzt gefragt werde: „In welcher Weise haben Sie nach Ihrem Gedächtnis die Oberste Heeresleitung über die Schritte unterrichtet, die Sie in Washington zur Herbeiführung eines Friedensappells des Präsidenten Wilson getan haben", so würde die Voraussetzung sein, daß sich aus den Akten ergibt, ich hätte die Oberste Heeresleitung in der und der Weise unterrichtet, daß aber über einzelne Punkte Unklarheiten beständen und daß ich nunmehr auf Grund meines Gedächtnisses diese Lücken ergänzte. Wenn die Sache so aufgezogen wird, tritt scharf ins Licht, daß ich eine Hilfsperson des Ausschusses bin, und so fasse ich meine Stellung auf. Einstweilen freie ich noch nicht als Angeklagter hier, sondern als Auskunftsperson und Zeuge, und ich lege den größten Wert darauf, daß diese scharfe Scheidung gemacht wird. Wir stehen ja in einem eigentümlichen Verfahren. Es werden hier mit meinem beeidigten Zeugnis Tatbestände festgestellt, auf Grund deren ich demnächst vor dem Staatsgerichtshof als Angeklagter erscheinen muß. Das ist juristisch ein ungeheuerliche Auffassung. Selbstverständlich wird mich diese Sachlage nicht davon abhalten, hier bei meiner vereideten Aussage die

Der gescheiterte Generalstreik.

Die Regierung gegen die Streikhetzer.

Berlin, 6. November.

Der Oberbefehlshaber ist gegen die Stellen, die versucht haben, die Arbeiterschaft unter wahrheitswidrigen Angaben zum politischen Generalstreik aufzurufen, mit der Schärfe vorgegangen, die die außerordentlich gefährdete Lage der Lebensmittel- und Kohlenversorgung des Volkes erfordert.

Unter anderem ist das Parteibureau der Unabhängigen militärisch besetzt worden. Bei der vom Oberbefehlshaber angeordneten Untersuchung ist sehr viel belastendes Material aufgefunden worden, das über den Umfang der intensiven Tätigkeit der U. S. P. D.-Parteileitung bei der Streikhetze und ihre Verbindung mit den Kommunisten informiert.

Ferner ist die Versammlung der Straßenbahner, in der entgegen dem wieder in Kraft getretenen Erlaß des Oberbefehlshabers, der die Aufforderung zum Streik in lebenswichtigen Betrieben verbietet und unter Strafe stellt, zur Arbeitsniederlegung aufgefordert wurde, militärisch aufgelöst worden.

Außerdem ist der Vollzugsrat der Arbeiterräte Groß-Berlins, der bekanntlich nur aus Unabhängigen und Kommunisten besteht, und seine durch die bestehende Verfassung des Deutschen Reiches nicht begründete Stellung dazu benutzt hat, um Unruhe und Zwiespalt in die Reihen der besonnenen Arbeiterschaft zu tragen, der auch den zum politischen Generalstreik aufforderndem Aufruf in der gestrigen Morgenausgabe der „Freiheit" mit unterzeichnet hatte, aufgelöst worden.

Weitere Maßnahmen gegen Personen, die die Triebkräfte der Streikhetze sind, stehen noch unmittelbar bevor.

Die Straßenbahnen in vollen Betrieb.

Wie bereits gestern nach der Haltung der mehrheitssozialistischen Arbeiterräte in ihrer Vollversammlung zu erwarten war, ist der Generalstreik, der für die entlassenen Obleute der Metallindustrie inszeniert werden sollte, gescheitert. Vor allem haben die Verkehrsangestellten diesmal den linksradikalen Drahtziehern energisch Paroli geboten. In den Versammlungen der Straßenbahner in der letzten Nacht wurde von zahlreichen Rednern mit aller Deutlichkeit betont, daß man sich diesmal nicht wieder grundlos in den Streik hetzen ließe. Der Groß-Berliner Straßenbahnverkehr arbeitete infolgedessen heute morgen im Zentrum, Südwesten und Westen in ausreichender Stärke. Im Osten und Norden, in den Außenbezirken, Neukölln, Lichtenberg und Pankow setzte der Verkehr langsam ein, um gegen Mittag seine volle Stärke zu erreichen.

In den heutigen Nachtversammlungen versuchten die Hauptredner, obwohl die Gewerkschaftskommission bereits infolge der festen Haltung der Mehrheitssozialisten zu einer Ablehnung des Generalstreiks gekommen war, mit allen Mitteln die Schaffner und Fahrer in den Ausstand hineinzutreiben. Es wurde erklärt, daß nur unbedingteste Solidarität in diesem Entscheidungskampf zwischen Unternehmertum und Arbeiterschaft das Proletariat retten und befreien könne. Nur durch den Generalstreik könne der „Übermut der Unternehmer" gebrochen werden. Die Geschlossenheit im Kampf bedeute eine Unterstützung für die streikenden Metallarbeiter, denn nur der Generalstreik vermöge auch die letzten Forderungen der Metallarbeiter zur Erfüllung zu bringen. Hiergegen traten in der Diskussion zahlreiche Redner auf. Nicht nur die alten Angestellten, sondern auch die jüngeren Kräfte, die im vergangenen Jahre aus dem Felde zurückgekehrt waren, sprachen energisch gegen den Ausstand. Sie erklärten, daß sie durchaus keinen Grund für ihre Beteiligung am Streik ersähen. Sie seien es sich und ihren Familien schuldig, gerade jetzt vor Weihnachten durchzuarbeiten, um nicht wiederum eine beträchtliche Einbuße am Lohn zu erleiden. Die Versammlungen verliefen zum Teil außerordentlich erregt, und es kam, da die Ansichten heftig aufeinanderprallten, auch zu Handgreiflichkeiten.

Da die Stimmung in den Versammlungen von vornherein uneinig war, fielen auch die Abstimmungen entsprechend aus. Nur drei Lahnhöfe erklärten sich für den Streik, die anderen stimmten entweder dagegen oder ergaben ein so unsicheres Resultat, daß die Führer keine feste Parole ausgegeben vermochten. Heute morgen erschienen auf den Bahnhöfen des Westens und des Zentrums die Angestellten fast vollzählig und nahmen ihren Dienst fahrplanmäßig auf. Auf den Bahnhöfen 17 und 19 kam es zu Reibereien, da dort Streikposten die Arbeitswilligen am Betreten der Bahnhöfe zu verhindern suchten. Nach einem Wortgefecht wurden dann die Streikposten von den immer zahlreicher auftauchenden Arbeitswilligen unsanft beiseite gedrängt. Etwas schwieriger war die Lage auf den Bahnhöfen Moabit und Müllerstraße. Hier wollte das Personal bis auf verhältnismäßig wenige Arbeitswillige nicht fahren und versuchte, das Auslaufen der Züge zu verhindern. Infolgedessen wurde die Sicherheitspolizei benachrichtigt, die starke Patrouillen nach beiden Bahnhöfen entsandte. Gegen ½8 Uhr morgens war es dann möglich, die ersten Straßenbahnwagen über die Strecke zu schicken. Ähnliche Vorgänge spielten sich in Weißensee, Lichtenberg und Neukölln ab. Auch dort herrschte anfangs Arbeitsunlust. Als dann aber von überall her Nachrichten kamen, daß der Verkehr in der Stadt im Gange sei, entschlossen sich auch hier die Straßenbahner, ihren Dienst wieder aufzunehmen. Während morgens um 6 Uhr ein Fünftel der Straßenbahner zur Arbeit erschienen war, konnte bis um 11 Uhr mittags der Verkehr fast wieder in vollem Umfang aufgenommen werden.

Wie wir hören, werden auch im Laufe des heutigen Tages zwischen den streikenden Schlossern und Metallarbeitern der Hauptwerkstatt und der Direktion der Großen Berliner Straßenbahn über die Wiederaufnahme der Arbeit in den Werkstätten Verhandlungen stattfinden.

Teil-Streik der städtischen Straßenbahner.

Im Gegensatz zu ihren Kollegen von der Großen Berliner haben die Angestellten der Städtischen Straßenbahn in den Nachtversammlungen den Streik beschlossen. Infolgedessen ruhte der Betrieb auf den städtischen Linien vollkommen. Heute vormittag fanden jedoch Betriebsversammlungen der Streikenden statt, in denen angesichts der neuen Lage zu dem heute Nacht gefaßten Beschluß Stellung genommen wurde. Man kam schließlich dazu, den Streikbeschluß wieder aufzuheben. Um 10½ Uhr wurde der Verkehr auf den städtischen Linien wieder aufgenommen.

•

Infolge des Teilstreiks der Straßenbahner hat sich heute früh auf den Straßen, insbesondere in den Außenbezirken, dasselbe Bild wie beim ersten Streik. Die Wagen wurden schon an den Ausgangspunkten voll besetzt, sodaß die an den nächsten Haltestellen Wartenden auf die Trittbretter und die Pufferstangen kletterten, um mitzukommen. Namentlich bei den Arbeitern, die morgens vielfach weite Strecken zurückzulegen hatten, kam es zu leidenschaftlichen Kundgebungen gegen die Streikenden. Allgemein wurde das Vorgehen der Minderheit der Straßenbahner stark verurteilt, weil darunter gerade die Arbeiter am meisten zu leiden hätten. Verschiedentlich spielten sich recht erregte Szenen ab. Soweit Streikende auf einzelnen Straßenbahnhöfen versuchten, arbeitswillige Kollegen zu beeinflussen, erfuhren sie eine entschiedene Abfuhr. Die Folge der Arbeitswilligkeit war denn auch, daß die streikenden Straßenbahner sich allmählich zur Arbeit wieder einfanden. Sie sahen das Zwecklose ihres Vorgehens ein, und schon um 10 Uhr vormittags befanden sich ⅔ aller Straßenbahnwagen wieder in Betrieb. Gegen Mittag war der Verkehr wieder im vollen Umfange hergestellt. Infolge des Teilstreiks der Straßenbahner gab es in den Morgenstunden einen so außerordentlich starken Andrang auf die Hochbahn und Stadt- und Ringbahn, daß verschiedentlich die Bahnhöfe abgesperrt werden mußten.

Abbröckeln des Metallarbeiterstreiks.

Durch die Ablehnung des Generalstreiks ist auch die Lage im Metallarbeiterstreik nicht unwesentlich beeinflußt worden. Der Streik bröckelt von Tag zu Tag mehr ab, während sich eine Ausdehnung des Ausstandes bei den nicht zum Verband der Berliner Metallindustriellen gehörenden Firmen kaum feststellen läßt. Die Zahl der Arbeitswilligen mehrt sich von Tag zu Tag. Allein bei den Siemens-Werken haben heute über 8000 Arbeiter und Arbeiterinnen, also ein Drittel der Belegschaften, die Arbeit wieder aufgenommen. Ähnliche Nachrichten kommen auch von anderen großen und mittleren Firmen.

Der Reichs-Arbeitsminister hat eine neue Vermittlungsaktion im Metallarbeiterstreik bisher nicht aufgenommen, und auch die Arbeitgeber erklären, daß sie von dem am letzten Sonnabend gefaßten Beschluß, der auch die Zustimmung der politischen Parteien hatte, nicht abgehen könnten. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird jedoch die Fünfzehnerkommission unter der Begründung, daß die Mehrheitssozialisten ihr in den Rücken gefallen seien, selbst das Signal zur endgültigen Beendigung des Ausstandes geben.

Anzeiger.

In unser Handelsregister A ist heute folgendes eingetragen worden:

unter Nr. 98 bei der Firma **Ad. Voigt, Erfurt:** Die Firma ist in eine offene Handelsgesellschaft umgewandelt. Der Kaufmann Carl Voigt in Erfurt ist in das Geschäft als persönlich haftender Gesellschafter eingetreten. Die Gesellschaft hat am 1. Oktober 1919 begonnen;

unter Nr. 1192 bei der Firma **Weber & Comp. in Erfurt:** Die Firma ist erloschen;

unter Nr. 1400 bei der Firma **Wilhelm Klonka** in **Erfurt:** Alleiniger Inhaber ist der Kohlenhändler Wilhelm Klonka in Erfurt; (26884)

unter Nr. 1550 die Firma **Ernst Körner, Uhrmacher u. Juwelier in Erfurt** und als alleiniger Inhaber der Uhrmacher und Juwelier Ernst Körner in Erfurt.

Erfurt, 24. Oktober 1919.

Amtsgericht, Abteil. 3.

In unser Handelsregister A ist heute folgendes eingetragen worden:

unter Nr. 1351 bei der Firma **Metallwerk Bruno Schramm Inhaber Bruno Runge, Erfurt:** Dem Bruno Bleckmann und dem Franz Breitung in Erfurt ist Gesamtprokura erteilt;

unter Nr. 1482 bei der Firma **Cornelius Noeller, Fabrikation u. Großhandelsbetrieb in Erfurt:** Die Prokura des Richard Schädler ist erloschen;

unter Nr. 1551: die offene Handelsgesellschaft **Berner & Zieger in Erfurt** und als persönlich haftende Gesellschafter der Kaufmann Friedrich Berner, Frau Anna Berner geb. Seidel und Kaufmann Hermann Zieger, sämtlich in Erfurt. Die Gesellschaft hat am 1. Oktober 1919 begonnen. (26883)

Erfurt, 27. Oktober 1919.

Amtsgericht, Abteil. 3.

In unser Handelsregister A unter Nr. 1552 ist heute eingetragen worden: die offene Handelsgesellschaft: **C. Wächter & Linse, Maschinenbau, Erfurt,** und als persönlich haftende Gesellschafter der Schlossermeister Carl Wächter und der Ingenieur Gustav Linse, beide in Erfurt. Die Gesellschaft hat am 1. Oktober 1919 begonnen. Zur Vertretung der Gesellschaft ist ein Gesellschafter nur in Gemeinschaft mit dem anderen befugt. (26884)

Erfurt, 28. Oktober 1919.

Amtsgericht, Abteil. 3.

In unser Handelsregister A unter Nr. 122 bei der Firma **Oscar Liebmann, Erfurt,** ist heute eingetragen worden: Alleiniger Inhaber ist Frau Witwe Hedwig Liebmann geb. Lewin in Erfurt. (26887)

Erfurt, 21. Oktober 1919.

Amtsgericht, Abteil. 3.

In unser Handelsregister B unter Nr. 154 bei der Firma **Bank für Thüringen vormals B. M. Strupp, Aktiengesellschaft, Filiale Erfurt,** in Erfurt, Zweigniederlassung der **Bank für Thüringen vormals B. M. Strupp, Aktiengesellschaft in Meiningen,** ist heute eingetragen worden: Die Prokura des Dr. Deymann ist erloschen. (26880)

Erfurt, 31. Oktober 1919.

Amtsgericht, Abteil. 3.

In unser Handelsregister A unter Nr. 1284 bei der Firma **Verbands-Rinder-Kaufstelle G. & A. Frank Erfurt in Erfurt** ist heute eingetragen worden: Die Gesellschaft ist aufgelöst. Die Firma ist erloschen.

Erfurt, 30. Oktober 1919.

Amtsgericht, Abteil. 3. (26879)